Herr Gleß führte kurz in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Pätzold sagte, die GRÜNEN seien davon überzeugt, dass die Begrenzung des Klimawandels die zentrale Aufgabe für das politische Handeln sein müsse. Darum freue er sich sehr darüber, dass man jetzt einen ersten Plan habe, wie Sankt Augustin seinen Teil zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels beitragen könne.

Viele der Sofortmaßnahmen dieses Fahrplans seien von den GRÜNEN im Rat seit langem gefordert worden, wie z.B. die Photovoltaik auf den Dächern städtischer Gebäude. Manches sollte bereits seit Jahren eine Selbstverständlichkeit sein, wie z.B. die Wartung der Fenster. Mit dem Fahrplan zur Umsetzung des Ratsbeschlusses könne Sankt Augustin jetzt aber auf den richtigen Weg kommen.

Wichtig sei aus GRÜNER Sicht, neben den Sofortmaßnahmen alle Handlungsfelder umfassend zu untersuchen und die Zielerreichung in messbare Zwischenschritte aufzuteilen. Damit könne regelmäßig überprüft werden, ob die Maßnahmen greifen und ausreichen, um das gesetzte Ziel zu erreichen.

Am wichtigsten sei, jetzt schnell ins Handeln zu kommen mit Sofortmaßnahmen und Erarbeitung der weiteren Projekte. Für die GRÜNEN stehe fest: Die Umsetzung werde sicher nicht immer einfach, und sie werde auch nicht zum Nulltarif möglich sein. Aber die Erhaltung eines lebenswerten Klimas müsse von allen unterstützt und vorangetrieben werden.

Für die Vorlage, die in kurzer Zeit sehr gut erarbeitet worden sei, wolle er sich ausdrücklich bedanken. Zu einzelnen Punkten habe er Anmerkungen bzw. Fragen:

- Bauliche Zukunft des Rathauses: Der größte CO₂-Treiber bei einem Gebäude sei das Bauen an sich. Die Frage eines Neubaus erscheine ihm absurd, es sei denn es lägen ganz gravierende Gründe vor, die diesen rechtfertigen würden.
- Lieferverträge Strom und Gas: Auch die Stadtwerke würden unter den Beschluss zur Klimaneutralität fallen. Es wäre interessant, zu erfahren, was es dort für Überlegungen zur Umsetzung gebe.
- Prüfung der Klimawirksamkeit von Beschlüssen: Mit welcher Detailschärfe ist das vorgesehen?
- Nachhaltigkeitswoche: Einzelne Schulen hätten bereits ähnliche Veranstaltungen durchgeführt. Ist eine Kooperation und Unterstützung dieser Maßnahmen vorgesehen?
- In welchem Umfang sind in den unter „Mehrung des Stadtgrüns“ genannten 5.000 neuen Bäumen Straßenbäume enthalten?*
- City-Tree-Projekte: Er sei skeptisch, was die Kosten-Nutzen-Relation solcher Anlagen betreffe.

*** Anmerkung:**

Es wurde vereinbart, die Antwort in der Niederschrift nachzureichen.

Antwort der Verwaltung:

Es wurde für den Haushalt 2022 mit der Pflanzung von ca. 150 bis 200 Straßenbäumen kalkuliert. Diese sind Bestandteil des Programms 5.000 neue Bäume für Sankt Augustin. Die anderen Pflanzungen betreffen Streuobstbestände, Bürgerhain, Feldgehölze und Aufforstungen für Wald.

Frau Schütze sagte, Herr Pätzold habe das meiste schon gesagt. Aufgefallen sei der

FDP auch der Neubau des Rathauses als CO₂-schädlichste Variante. Wichtig sei die zielführende Sanierung der Bestandsgebäude.

Auch Herr Puffe bedankte sich für die Vorlage.

Bezüglich des genannten Stellenbedarfs sagte er, man müsse ggfs. in der ersten Phase der Umsetzung auch an externe Vergaben denken, da es erfahrungsgemäß schwierig sei, neue Stellen kurzfristig zu besetzen.

Ob eine Sanierung oder ein Neubau des Rathauses Sinn mache, sei abzuwägen. Dies habe auch mit Akzeptanz zu tun. Ein Konzept, welches nicht zum Nulltarif zu haben sei, brauche eine breite Akzeptanz. Deshalb würde die CDU einen Neubau nicht kategorisch ausschließen. Er fragte, ob es aus Sicht der Verwaltung in der ersten Jahreshälfte 2022 realistisch sei, eine fundierte Grundsatzentscheidung herbeizuführen.

Herr Dr. Frank schloss sich dem Dank an. Man sei sehr einverstanden mit dem Papier. Für äußerst wichtig halte man, dass sich auch die Personen, die in der Verwaltung für Organisation, Personal und Haushalt zuständig seien, frühzeitig intensiv mit dem Fahrplan auseinandersetzen. Es müsse geprüft werden, was man aus eigener Kraft bewältigen könne, was man vergeben könne und was man nur mit Neueinstellungen machen könne.

Herr Gleß sagte, er müsse immer genau schauen, wie er neue Projekte und Anforderungen in der bestehenden Projektstruktur unterbringen könne. Packe man eine Schule ohnehin an, weil z.B. eine Mensa gebaut werde, dann könne man direkt hingehen und den Auftrag um Barrierefreiheit und Klimaschutz erweitern. Wenn man aber ein Gebäude gerade nicht im Fokus habe, sei es schwer, mal eben Photovoltaik aufs Dach zu packen. Dann wolle er es auch richtig machen und sich genau anschauen, was man für die Energieeffizienz des Gebäudes noch tun könne. Was er damit sagen wolle: Wenn er zusätzliches Personal anmelde, dann könne der Ausschuss ihm glauben, dass es wohl abgewogen sei, ob wirklich Personal gebraucht werde oder ein Umswitchen in der Struktur möglicherweise den gleichen Effekt bringe. Das Thema mache man sich nicht leicht.

Beim Umgang mit dem alten Rathaus gehe es ihm darum, die Diskussion darüber zu führen, sich über den Gebäudezustand im Klaren zu sein und unter Abwägung aller Faktoren eine Entscheidung zu treffen.

Bei Neubauten und größeren Umbauten im Bestand denke man bereits an Photovoltaikanlagen, wie z.B. bei der Kita Wellenstraße. Man müsse nun einen Schritt weiter gehen und über den Altbestand nachdenken.

Wie man die Prüfung der Klimawirksamkeit von Beschlüssen angehe, ohne sich zu verheben, müsse man noch besprechen.

Herr Lübken betonte, dass Nachhaltigkeit zur DNA der Stadtwerke gehöre, und berichtete, dass die Stadtwerke einige Projekte in Vorbereitung hätten und ab 2023 mit einem Nachhaltigkeitsbericht beginnen würden. Ein konkretes Projekt sei z.B.: Die RSAG errichte zurzeit eine große Kompostierungsanlage mit einer Biovergärungsanlage, die Ende 2022/Anfang 2023 im Warmbetrieb ca. 1,8-1,9 Mio. Normkubikmeter Biomethan produzieren werde. Zur Einspeisung des Biomethans ins Netz würden die Stadtwerke für 2,5 Mio. € eine Einspeiseanlage errichten.

Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss: